

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banffonto:

Gebr. Entholt, Dresden.

Kommunikationspreis mit der täglichen Unterhaltungsbedeckung Leben, Wissen, und einheitlich Bringerlob monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen monatlich 4.00 M., unter Kreisbond für Deutschland und Österreich-M. 6.50. Erreicht täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerweg 10. Tel. 25 261. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Abfertige werden die 7 geplante Petitionen um 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Abfertige müssen bis spätestens 1/2 10 Uhr früh in der Expedition abgeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 139.

Dresden, Dienstag den 18. Juni 1918.

29. Jahrg.

## Die neue Brotversteuerung – Finnischer Anspruch auf Karelien Friedensversuche in Holland

### Hamburg und die Übergangswirtschaft.

Die Hamburger Kaufleute wollen die Zustände vor dem Krieg, wollen in voller Freiheit sich regen und schaffen wollen, wollen ohne staatliche Bindung oder einschränkende Sprung aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft eingeschlossen. Sie haben den Reichstag zum Besuch der alten Hauptstadt eingeladen, um ihre Forderungen von wirkungsvollen Spezialisten und klugen Anwälten aus ihrer Mitte vertragen zu lassen.

Das Verlangen nach Wiedereinsetzung des freien Handels in alle seine früheren Rechte wurde denn auch mit wirtschaftlichen Taten und Nachdruck vertreten. Und wie den vertriebenen Hamburger Hafen mit dem Wille rastiger Tätigkeit vergleicht, das dieser Weltmarktplatz immer vor, begreift den Wunsch dieser erfolgreichen Kaufleute sehr wohl, dort wieder anzutreten, wo der Krieg den Verlust der Entwicklung abgeschnitten hatte.

Allein: es ist vielleicht zu viel gesagt, wenn von der Hamburger Kaufmannschaft als einer inneren Einheit mit gleichgerichteten Interessen gesprochen wird, mag sich auch auf den jüngsten Veranstaltungen als ein geistiges Ganze präsentiert haben. Die Großredner verzerrten die Ernennung eines Reichskommissars zur Bestellung des Reichswirtschaftsamt zur Wahrung der Gemeinkräfte plant, die Kleinen verlangen ihn.

Die rücksichtslose Schärfe im Auftreten der Großredner des Reichswirtschaftsamt erfüllt neulich zufrieden die öffentliche Meinung, die Bevölkerung des Reichsministers und der Kleinen verhindert einen großen Gegenstand zwischen Groß- und Kleineren in die Erziehung getreten ist. Es hat ein Zeugnis der Freiheit und der Freiheit zum Teil veröffentlicht, in dem es heißt:

Durch Erfolg erfahren wir den Angriff der Hamburger Kaufleute gegen die Selbstständigkeit und Gewerbefreiheit der Kleinen. Sie haben die Reichskommission dahin bestimmt, so sie die Regierungsentwürfe über die Verwendung deutscher Schiffe während der Übergangszeit dahin abändert hat, dass der Reichskommissar kann es ausschließen und nur eine generelle Beauftragung durch das Reich substituiert wird. Die Hamburger Großredner haben sowohl in dem Aufschluss als in der Generalüberfassung der Großraumverteilungsfeststelle die Maßnahmen, und nach dem mit dem Kleiderverein gemachten Entschluss werden sie künftig in erhöhtem Maße ihre Machtposition ausüben. Dagegen ist die Bestellung des Reichskommissars unbedingt erforderlich. Wir bitten Ehr. Eggers, darauf zu bestehen, dass die Regierungsentwürfe unverändert bleiben.

Den Kleineren schlägt sich die Deutsche Speditions- und Schiffahrtzeitung, als Organ des Vereins Deutscher Kaufleute und des Vereins Hamburger Spediteure an: „Die kleinen Reedereien sagen, sie hätten ihre Erfahrungen gemacht; der Verlader geht nicht besser. Ohne zu der Aktion Scheidemann zwischen den Reedereien Stellung zu nehmen, steht ja auch in den Verladerkreisen allgemein fest, dass die Reedereien machen, was sie wollen. Darum ergibt auch immer wieder der Ruf nach Einführung des Kontraktionsvertrages durch die Preise: Gleiches Recht für alle, wenigstens zwischen deutschen Verlader!“

Es ist bekannt, dass die Hamburger Kaufleute seit mehr als zehn Jahren vorgebend bemüht sind, ihr Verhältnis zu den Hamburger Reedereien in befriedigender Weise zu regeln. Die Reedereien eben die Macht in der Hand und nutzen sie in rücksichtsloser Weise aus. Nicht einmal die zur Vermittlung angewiesene Hamburger Handelskammer hat die Reederei auch nur um einen kleinen Verlust einer Verhandlung verlassen können. Die Reedereien tragen ja auch seit vielen Jahren ihre Wirtschaftsveränderung des Handels-Rabattsystems verdeckt vor.

Was soll nun jetzt wieder der Unterschied zwischen dem Reederei gelegentlich der Gründung der Großraum-Verteilung? In d. b. d. — Die Reedereien wollen überhaupt keine Kontrolle; sie wollen möglichst keine Bindung durch gesetzliche Vorschriften, keine Bindung in der Handhabung ihres Betriebes, denn sonst müssten sie die Freiheit in der Gestaltung der Reedereien zu verlieren!

Als ob Verhältnisse gäbe, haben die Reederei auch

dann mit allen Mitteln gearbeitet, dass möglichst jede Sicherung des Verlader vorsätzlich der Reederei aus dem Gesetz heraus-

steht, und nicht ohne Erfolg.“

Übertriebend liegen die Anhänger des wirtschaftlichen Nationalismus, des Geben- und Gewährenlassens dem Reichswirtschaftsamt eine ideologische Vorliebe für Staatssozialismus nach. Nun ist aber nichts so sicher, als dass kein Reichsminister der heutigen Gesellschaftsordnung betriebe. Das Reichswirtschaftsamt will das gerade Gegenteil des Umweltes, es will durch eine wenigstens relative Wahrung der Gemeinkräfte die heutige Gesellschaft konserviert. Und ihm auch ehemalige Kaufleute läuft, die als Leiter von Häusern auf die kaufmännisch-pekulative Tätigkeit nicht verzichten wollen und auch gegen den Vorwurf fehlt und, dass sie sich in ihrer neuen Stellung von heute auf neu an englischen, zögigsten Bürokraten gewandelt haben. Aber bedacht mit der Verantwortung für die ganze Weltwirtschaft und von der Sorge geleitet, vor allem die

### Der amtliche deutsche Kriegsbericht. wib. (amtlich) Großes Hauptquartier, den

18. Juni 1918.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rappach: Die feindliche Artillerie entwölzte in einzelnen Abschnitten in Flambour, weiter westlich der Zus. zwischen Arras und Albert rege Tätigkeit. Nach heftigem Feuerüberfall griff der Feind gegen Mitternacht südwestlich von Albert an. Er wurde abgewiesen und ließ Gefangene in unserer Hand.

#### Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Südwestlich von Ronon und südlich der Aisne lebte die Artillerie in den Abendstunden auf. Teilweise des Feindes nördlich der Aisne und nordwestlich von Chateau-Thierry wurden abgewiesen.

#### Der erste Generalquartiermeister: Lüdemann.

Grundlagen der freien Wirtschaft und dann erst sie selbst herstellen, vertreten sie in wichtigsten Fragen die gegenseitige Auffassung der Hamburger.

Wie milde und nachsichtig das Reichswirtschaftsamt ist, beweist nichts Schlagender, als dass es dem Reichskommissar vorläufig nur die Verteilung des Großraums, nicht aber die Feststellung der Brachiatraten überlassen will. Diese sollen grundsätzlich ungebunden bleiben und nur in Ausnahmefällen beschränkt werden. Letztend ist der Gedanke, dass die deutschen Schiffahrtsgesellschaften gegenüber dem ersten Wettbewerb des Auslands finanziell gefrägt werden sollen. Und für den Fall, dass sich ein internationales Frachtenmarkt nicht bildet und eine tarifliche Bindung der Brachiatraten nötig wird, so sollen sie aus demselben Gründen heraus so hoch festgesetzt werden, dass den Reedern ein guter Nutzen bleibt. Es lässt sich mit guten Gründen darüber streiten, ob diese Politik des Reichswirtschaftsamts nicht schon auf sehr die privatwirtschaftlichen Forderungen in den Vordergrund rückt; aber sie genügt den Großrednern noch immer nicht, die ohne Rücksicht auf das gemeinsame Beste alle Gewinnchancen bis zur Neige auszöpfen wollen.

### Scheidemann in Holland.

Amsterdam, 18. Juni. Wie der Korrespondent der Telegraphen-Union erählt, befindet sich der Reichstagsabgeordnete Scheidemann seit zwei Tagen in Holland. Er wird an der Konferenz der sozialistischen Parteien der Mittelmächte teilnehmen, die der Vorsitzende des Internationalen sozialistischen Komitees, Troelstra, nach dem Haag einberufen hat.

Diese Meldung trifft zu. Es handelt sich um die gestern geschilderte Bezeichnung, an der von österreichischer Seite die Genossen Seiy und Elendogen teilnehmen. Troelstra wird sich auf diese Weise von neuem über die Ansprüche der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands und Österreichs unterrichten können. Er beschäftigt dann, falls ihm die englische Regierung keine Schwierigkeiten macht, in London die Konferenz der alliierten Sozialisten zu besuchen und dort für den Frieden zu wirken. Nach der Rückkehr, die bis vor kurzem für die englische und französische Arbeiterpartei eingenommen hat, wird Troelstra ein schweres Studium vor sich haben.

### Ein Vermittlungsversuch holländischer Abgeordneter.

Haag, 17. Juni. Die holländischen Blätter veröffentlichen eine Erklärung der drei Parlamentsabgeordneten Drostius, Koets und Ruyters über eine Friedensvermittlung der holländischen Regierung.

Die Abgeordneten glauben aus Erklärungen jeder der leitenden Parteien schließen zu dürfen, dass jede zu einer Versöhnung zum Frieden bereit ist, aber die Bereitschaft der Gegenseite beweist.

Die Abgeordneten rügen an, die niederländische Regierung sollte die kriegsführenden Regierungen fragen, ob ihre Voraussetzung richtig ist.

### Die neuen Getreidepreise.

Ein Berliner Telegramm meldet: Durch Verordnung vom 15. Juni hat der Bundesrat die Getreidepreise für die Ernte 1918 festgesetzt. Am Anschluss daran wurden die Frühbruchprämien für Weizen, Roggen und Gerste festgelegt. Dass die Getreidebörsenpreise für das neue Erntejahr erhöht werden müssen, war der fortgeschrittenen Steigerung der Produktionskosten und dem sinkenden Geldwert eine unabsehbare Not-

wendigkeit, um den Rückgang des Getreidebaus zu verhindern, der für Deutschland bei der noch fortbestehenden Abwertung vom Weltmarkt unverträglich wäre. Ein solcher Rückgang des Getreidebaus wäre eben unvermeidlich, wenn die Höchstpreise die Produktionskosten nicht mehr decken würden, weil sodann die Landwirtschaft gezwungen wäre, zu einer erweiterten Wirtschaft überzugehen.

Bei Festigung der Höhe der Preissteigerung wäre andererseits aber auch darauf Rücksicht zu nehmen, dass durch die Erhöhung der Getreidepreise keine unerträgliche Versteuerung der Lebenshaltung der Bevölkerung eintritt. Die Erhöhung würde daher in den Grenzen des unbedingten Notwendigen gehalten werden. Aus diesen Erwägungen kommt die neue Verordnung zu einer Erhöhung von 35 M. für die Tonne Weizen und Roggen, von 30 M. für die Tonne Hafer und Gerste. Sie macht bei Weizen 12 Prozent, bei Roggen 13 Prozent, bei Gerste und Hafer 11 Prozent des bisherigen Preises aus und bleibt dennoch noch hinter der Steigerung der Produktionskosten des letzten Jahres und der Senkung des Gelbwertes zurück. Doch ist anzunehmen, dass bei diesen Preisen die Erzeugungsfaktoren noch Zeit finden. Die Abflussung nach Preisebieten für Weizen und Roggen ist beobachtet worden. Durch die Erhöhung des Hafer- und Gerstenspreises um nur 30 M. gegenüber einer Erhöhung des Getreidepreises um 35 M. wird erreicht, dass der Preis für das Getreide auch im niedrigeren Preisgebiet nicht unter dem Preis für das Getreide zu steigen kommt. Die Erhöhung der Grundpreise für das Getreide bedeutet eine Steigerung der Mehlpulpe um noch nicht 2 Pf. für das Brot und hält sich auch für die Minderbevölkerungen in extraterritorialen Grenzen. Da unter Vorzähm an Getreide nur gerade ausreichen, um die Brotversorgung bis zum Beginn der neuen Ernte aufrechtzuhalten, sind wir in noch stärkerem Grade als im Vorjahr darauf angewiesen, dass Getreide der neuen Ernte durch Frühbruch so reich als möglich zu erhalten.

Die Frühbruchprämien, die im vorjährigen Jahre neben anderen Mahrgeldern zur Erreichung dieses Zwecks festgelegt waren, haben sich trotz mehrfach dagegen erhobener Bedenken in ihrem Erfolg bemüht. Bei der gegenwärtigen Lage unsicherer Brotversorgung kann auf sie auch in diesem Jahre nicht verzichtet werden, da ohne eine reichliche Vergütung der dem Landwirt entscheidenden Brotzulagen und der durch den Frühbruch verschwundenen vielfachen Wirtschaftserwerbs auf einen durchschlagenden Erfolg der Frühbruchaktion nicht gerechnet werden kann. — Die Prämie beträgt für die Tonne Roggen, Weizen und Gerste, wenn die Ablieferung erfolgt vor dem 18. Juli 1918: 120 M., vor dem 1. August 100 M., vor dem 16. August 90 M., vor dem 1. September 80 M., vor dem 16. September 40 M., vor dem 1. Oktober 20 M. Die Preise und die Staffelung der Prämienfälle werden fortgängig nach dem Gesichtspunkte abgewogen, um die Fleischgetreidestelle und die Kommunalverbände zum rechten Zeitpunkt in den Besitz der für die ungestörte Versorgung nötigen Getreidemengen zu setzen. Die hohen Anfangshöhe der Prämien kommen nur für die frühgeerntete Wintergerste und den frühesten geernteten Winterroggen in Betracht. Die Feststellung von Frühbruchprämien für Hafer erfolgt durch späterergehende besondere Verordnung. — Die erzielten Produktionsbedingungen haben auch in allen anderen Kulturländern eine wesentliche Steigerung der Getreidepreise verurteilt. Daraus ergibt ein Vergleich der deutschen Getreidepreise mit den ausländischen, dass die deutschen Getreidepreise während des Krieges die geringste Steigerung aufweisen und sich unter dem Durchschnitt der Preise in anderen Kulturländern halten.

Die angekündigte Erhöhung der Getreidepreise ist also gut Tatsache geworden und damit ist eine neue empfindliche Rechtsbelastung der Verbraucher eingetreten. Diese Lastade ist um so mehr geeignet, Beunruhigung hervorzurufen, als man nicht weiß, ob es bei dieser Preissteigerung bleiben wird und ob nicht auch die Preise anderer Nahrungsmittel, vor allen Dingen der Kartoffeln, heraufgesetzt werden. Bei dem harten Einsturz, den leider bei und in der Agrarität haben, können derartige Befürchtungen nicht von der Hand genommen werden. Zur Absicherung der Preissteigerung wird vom Reichsernährungsamt gekündigt, dass die Produktionskosten zeitigst gefunden sind. Gewiss kann man nicht daran zweifeln, dass auch die Landwirte die Preiserhöhungen, die sich auf alle Produkte erstrecken, zu spüren bekommen. Aber die allgemeine Erhöhung des Preisniveaus ist zum guten Teil die Folge davon, dass unsere maßgebenden Stellen gegenüber den hohen Preisforderungen der Interessenten viel zu viel Nachdruck gezeigt haben. Eine Preiserhöhung hat die andere zur Folge, und ist eine Schraube ohne Ende. Am meisten leiden darunter diejenigen Teile des Volkes, für deren Einnahmen nicht entsprechend der allgemeinen Preiserhöhung steigt. Es muss gehoben werden, dass von Seiten der Regierung alles getan wird, um diese Kreise des Volkes für das Steigen der Kosten der Lebenshaltung zu entlasten. Vor allen Dingen muss dafür gesorgt werden, dass die Preise der Kriegerstaaten und -lander, entsprechend erhöht werden.